1990

Ausgegeben zu Bonn am 1. September 1990

Nr. 31

Tag	Inhalt	Seite
29. 8. 90	Gesetz zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990 neu: 111-7; 111-1	813
24. 7. 90	Bekanntmachung zu dem Patentrechtsabkommen Bekanntmachung zu dem Patentrechtsabkommen Bekanntmachung zu dem Patentrechtsabkommen	833
27. 7. 90	Bekanntmachung des deutsch-sowjetischen Abkommens über einen Schüler- und Lehreraustausch ..	833

Gesetz
zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und
Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
sowie dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990

Vom 29. August 1990

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen: 2. § 53 wird wie folgt gefaßt:

Artikel 1

Zustimmung zu den Verträgen

Dem in Berlin am 3. August 1990 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Anlage und des Anhangs sowie dem in Bonn am 20. August 1990 unterzeichneten Änderungsvertrag hierzu wird zugestimmt. Die Verträge einschließlich der Anlage und des Anhangs werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Änderung des Bundeswahlgesetzes

Das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. Juni 1990 (BGBl. I S. 1015), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 wird die Zahl „518“ durch die Zahl „656“ ersetzt; in § 1 Abs. 2 wird die Zahl „259“ durch die Zahl „328“ ersetzt.

„§ 53

Übergangsregelungen für die Wahl
zum 12. Deutschen Bundestag

(1) Der Bundeswahlausschuß besteht abweichend von § 9 Abs. 2 Satz 1 aus dem Bundeswahlleiter und acht von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern.

(2) Landeslisten verschiedener Parteien, die in keinem Land – ausgenommen Berlin – nebeneinander Listenwahlvorschläge einreichen, können durch Erklärung gegenüber dem Bundeswahlleiter verbunden werden. Die Erklärung ist gemeinsam von den Vertrauenspersonen und den stellvertretenden Vertrauenspersonen aller beteiligten Landeslisten spätestens am zwanzigsten Tag vor der Wahl schriftlich bis 18 Uhr abzugeben. Für das weitere Verfahren gilt § 29 Abs. 2 und 3 entsprechend. § 6 Abs. 6 und § 7 Abs. 2 und 3 gelten für verbundene Landeslisten verschiedener Parteien entsprechend.

(3) Die in den nachstehend genannten Bestimmungen dieses Gesetzes festgelegten Fristen werden für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag wie folgt abgekürzt:

1. In § 18 tritt
 - a) in Absatz 2 Satz 1 an Stelle des neunzigsten Tages der siebenundvierzigste Tag,
 - b) in Absatz 4 an Stelle des zweiundsiebzigsten Tages der siebenunddreißigste Tag.
2. In § 19 tritt an Stelle des sechsundsechzigsten Tages der vierunddreißigste Tag.
3. In § 26 tritt
 - a) in Absatz 1 Satz 1 an Stelle des achtundfünfzigsten Tages der dreißigste Tag,
 - b) in Absatz 2 Satz 5 an Stelle des zweiundfünfzigsten Tages der vierundzwanzigste Tag,
 - c) in Absatz 3 an Stelle des achtundvierzigsten Tages der zwanzigste Tag.
4. In § 28 tritt
 - a) in Absatz 1 Satz 1 an Stelle des achtundfünfzigsten Tages der dreißigste Tag,
 - b) in Absatz 2 Satz 5 an Stelle des zweiundfünfzigsten Tages der vierundzwanzigste Tag,
 - c) in Absatz 3 an Stelle des achtundvierzigsten Tages der zwanzigste Tag.
5. In § 29 tritt
 - a) in Absatz 1 an Stelle des vierunddreißigsten Tages der zwanzigste Tag,
 - b) in Absatz 2 Satz 1 an Stelle des dreißigsten Tages der sechzehnte Tag,
 - c) in Absatz 3 an Stelle des sechsundzwanzigsten Tages der fünfzehnte Tag.

(4) § 18 Abs. 2 Satz 1 gilt mit der Maßgabe, daß auch die Vertretung in der Volkskammer zu berücksichtigen ist und die Wörter „mit mindestens fünf Abgeordneten“ entfallen.“
3. Die Anlage zu dem Gesetz wird durch die in der Anlage genannten und beschriebenen Wahlkreise 257 bis 328 ergänzt.

Artikel 3

Besondere Maßgaben

für die Anwendung des Bundeswahlgesetzes

Für die Anwendung des Bundeswahlgesetzes auf die Vorbereitung und Durchführung der Wahl in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin gelten folgende Maßgaben:

1. Die Zuständigkeiten der Landesregierung nach § 8 Abs. 3 sowie § 9 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2, 2. Halbsatz werden wahrgenommen
 - a) in Berlin gemeinsam vom Senat und Magistrat oder der von ihnen bestimmten Stelle,
 - b) in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen vom Minister des Innern der Deutschen Demokratischen Republik oder der von ihm bestimmten Stelle.
2. Deutsche im Sinne der §§ 12 und 15 sind in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin (Ost) Personen, die nach der Rechtsordnung

der Deutschen Demokratischen Republik Bürger der Deutschen Demokratischen Republik oder Bürger der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) sind.

3. § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 gilt für vergleichbare Dienst- und Arbeitsverhältnisse der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend. Für die Anwendung der Nummern 2 und 3 ist auch eine frühere Wohnung oder ein früherer Aufenthalt im Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen oder in Berlin (Ost) zu berücksichtigen.
4. In den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin (Ost) gilt anstelle von § 13 Nr. 2 und 3 folgendes:

„Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind Bürger, die wegen einer psychischen Erkrankung oder schwerer Fehlentwicklung der Persönlichkeit von Krankheitswert oder wegen intellektueller Schädigung unter vorläufiger Vormundschaft oder unter Gebrechlichkeitspflegschaft stehen. Entsprechendes gilt bei Bürgern, die aus den gleichen Gründen auf der Grundlage der geltenden Rechtsvorschriften unbefristet in eine Einrichtung für psychisch Kranke eingewiesen sind.“
5. Für die Feststellung der Parteieigenschaft durch den Bundeswahlausschuß nach § 18 ist auch für das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie für Berlin (Ost) § 2 Abs. 1 des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 1989 (BGBl. I S. 327) maßgeblich.
6. Anstelle der Versicherung an Eides Statt (§ 21 Abs. 6, § 27 Abs. 5, § 36 Abs. 2) ist im Bereich der Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik die Versicherung der Wahrheit im Sinne von § 231 des Strafgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik abzugeben.
7. § 27 Abs. 1 Satz 2 gilt in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen mit der Maßgabe, daß die Zahl der Wahlberechtigten bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 zugrunde zu legen ist.

In Berlin sind 2000 Unterschriften beizubringen.
8. § 30 Abs. 3 Satz 1 gilt in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen mit der Maßgabe, daß sich die Reihenfolge der Landeslisten von Parteien, die in der Volkskammer vertreten sind, nach der Anzahl der Stimmen richtet, die sie bei der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 erreicht haben.

In Berlin richtet sich die Reihenfolge der Landeslisten von Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in der Volkskammer vertreten sind, nach der Gesamtzahl der Zweitstimmen bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin und der Stimmen bei der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990.
9. § 36 Abs. 4 gilt für die Deutsche Post entsprechend.

10. § 49 a wird in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin (Ost) mit der Maßgabe angewendet, daß Ordnungsstrafen im Sinne des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 12. Januar 1968 (GBl. I S. 101), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juli 1990 (GBl. I S. 526) in Höhe bis zu 100 000 Deutsche Mark verhängt werden können.

Artikel 4

Neubekanntmachung des Bundeswahlgesetzes

Der Bundesminister des Innern kann den Wortlaut des Bundeswahlgesetzes in der vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 5

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 6

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der in Artikel 1 Satz 1 aufgeführten Anlage und des Anhanges nach Artikel 8 des Vertrages in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 29. August 1990

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
Schäuble

Anlage

(zu Artikel 2 Nr. 3)

Ergänzung der Anlage zum Bundeswahlgesetz

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
257	Berlin – Mitte – Prenzlauer Berg – Weißensee I	Stadtbezirk Mitte Stadtbezirk Prenzlauer Berg vom Stadtbezirk Weißensee die Wohnbezirke: 3–36
258	Berlin – Pankow – Hohenschönhausen – Weißensee II	Stadtbezirk Pankow Stadtbezirk Hohenschönhausen vom Stadtbezirk Weißensee die Ortsteile Blankenburg, Karow, Heinersdorf und die Wohnbezirke: 1, 2, 41–48, 73, 74, 80
259	Berlin – Friedrichshain – Treptow – Lichtenberg I	Stadtbezirk Friedrichshain Stadtbezirk Treptow vom Stadtbezirk Lichtenberg die Wohnbezirke: 10, 13–19, 22, 23
260	Berlin – Köpenick – Lichtenberg II	Stadtbezirk Köpenick vom Stadtbezirk Lichtenberg die Wohnbezirke: 1, 11, 12, 26–73, 202–210
261	Berlin – Hellersdorf – Mahrzahn	Stadtbezirk Hellersdorf Stadtbezirk Mahrzahn
Mecklenburg-Vorpommern		
262	Wismar – Gadebusch – Grevesmühlen – Doberan – Bützow	Stadtkreis Wismar Landkreis Wismar Landkreis Bad Doberan Landkreis Grevesmühlen Landkreis Bützow Landkreis Gadebusch
263	Schwerin – Hagenow	Stadtkreis Schwerin Landkreis Schwerin Landkreis Hagenow
264	Güstrow – Sternberg – Lübz – Parchim – Ludwigslust	Landkreis Güstrow Landkreis Ludwigslust Landkreis Parchim Landkreis Lübz Landkreis Sternberg
265	Rostock	Stadtkreis Rostock
266	Rostock, Land – Ribnitz-Damgarten – Teterow – Malchin	Landkreis Rostock Landkreis Malchin Landkreis Ribnitz-Damgarten Landkreis Teterow
267	Stralsund – Rügen – Grimmen	Stadtkreis Stralsund Landkreis Stralsund Landkreis Rügen Landkreis Grimmen
268	Greifswald – Wolgast – Demmin	Stadtkreis Greifswald Landkreis Greifswald Landkreis Wolgast Landkreis Demmin
269	Neubrandenburg – Altentreptow – Waren – Röbel	Stadtkreis Neubrandenburg Landkreis Neubrandenburg Landkreis Waren Landkreis Altentreptow Landkreis Röbel

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
270	Neustrelitz – Strasburg – Pasewalk – Ueckermünde – Anklam	Landkreis Neustrelitz Landkreis Ueckermünde Landkreis Pasewalk Landkreis Anklam Landkreis Strasburg
Brandenburg		
271	Neuruppin – Kyritz – Wittstock – Pritzwalk – Perleberg	Landkreis Neuruppin Landkreis Perleberg Landkreis Kyritz Landkreis Pritzwalk Landkreis Wittstock
272	Prenzlau – Angermünde – Schwedt – Templin – Gransee	Landkreis Prenzlau Landkreis Schwedt Landkreis Gransee Landkreis Templin Landkreis Angermünde
273	Oranienburg – Nauen	Landkreis Oranienburg Landkreis Nauen
274	Eberswalde – Bernau – Bad Freienwalde	Landkreis Eberswalde Landkreis Bernau Landkreis Bad Freienwalde
275	Brandenburg – Rathenow – Belzig	Stadtkreis Brandenburg Landkreis Brandenburg Landkreis Rathenow Landkreis Belzig
276	Potsdam	Stadtkreis Potsdam Landkreis Potsdam
277	Fürstenwalde – Strausberg – Seelow	Landkreis Fürstenwalde Landkreis Strausberg Landkreis Seelow
278	Luckenwalde – Zossen – Jüterbog – Königs Wusterhausen	Landkreis Luckenwalde Landkreis Zossen Landkreis Jüterbog Landkreis Königs Wusterhausen
279	Frankfurt/Oder – Eisenhüttenstadt – Beeskow	Stadtkreis Frankfurt/Oder Stadtkreis Eisenhüttenstadt Landkreis Eisenhüttenstadt Landkreis Beeskow
280	Cottbus – Guben – Forst	Stadtkreis Cottbus Landkreis Cottbus Landkreis Guben Landkreis Forst
281	Senftenberg – Calau – Spremberg	Landkreis Senftenberg Landkreis Calau Landkreis Spremberg
282	Bad Liebenwerda – Finstenwalde – Herzberg – Lübben – Luckau	Landkreis Bad Liebenwerda Landkreis Finsternwalde Landkreis Herzberg Landkreis Lübben Landkreis Luckau
Sachsen-Anhalt		
283	Altmark	Landkreis Stendal Landkreis Salzwedel Landkreis Osterburg Landkreis Gardelegen Landkreis Klötze

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
284	Elbe-Havel-Gebiet und Haldensleben – Wolmirstedt	Landkreis Burg Landkreis Genthin Landkreis Havelberg Landkreis Haldensleben Landkreis Wolmirstedt
285	Harz und Vorharzgebiet	Landkreis Wernigerode Landkreis Halberstadt Landkreis Oschersleben
286	Magdeburg	vom Stadtkreis Magdeburg die Wohngebiete: Neustädter See, Kannstieg, Rothensee, Alte Neustadt, Neue Neustadt, Nord- front, Birkenweiler, Neustädter Feld, Nordwest, Neuolvenstedt, Altolvenstedt, Stadtfeld, Stadtzentrum, Cracau/Werder, Heumarkt, Prester, Ottersleben, Lemsdorf, Diesdorf, Kroatenweg, Lindenweiler
287	Magdeburg – Schönebeck – Wanzleben – Staßfurt	vom Stadtkreis Magdeburg die Wohngebiete: Buckau, Fermersleben, Salbke, Westerhüsen, Leipziger Straße, Hopfengarten, Reform Landkreis Schönebeck Landkreis Wanzleben Landkreis Staßfurt
288	Wittenberg – Gräfenhainichen – Jessen – Roßlau – Zerbst	Landkreis Wittenberg Landkreis Gräfenhainichen Landkreis Roßlau Landkreis Jessen Landkreis Zerbst
289	Dessau – Bitterfeld	Stadtkreis Dessau Landkreis Bitterfeld
290	Bernburg – Aschersleben – Quedlinburg	Landkreis Bernburg Landkreis Aschersleben Landkreis Quedlinburg
291	Halle-Altstadt	vom Stadtkreis Halle die Stadtgebiete: Ost, Süd, West
292	Halle-Neustadt – Saalkreis – Köthen	vom Stadtkreis Halle das Stadtgebiet Halle-Neustadt Landkreis Saalkreis Landkreis Köthen
293	Merseburg – Querfurt – Weißenfels	Landkreis Merseburg Landkreis Querfurt Landkreis Weißenfels
294	Zeitz – Hohenmölsen – Naumburg – Nebra	Landkreis Zeitz Landkreis Hohenmölsen Landkreis Naumburg Landkreis Nebra
295	Eisleben – Sangerhausen – Hettstedt	Landkreis Eisleben Landkreis Hettstedt Landkreis Sangerhausen
Thüringen		
296	Nordhausen – Worbis – Heiligenstadt	Landkreis Nordhausen Landkreis Worbis Landkreis Heiligenstadt

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
297	Eisenach – Mühlhausen	Landkreis Eisenach Landkreis Mühlhausen
298	Sömmerda – Artern – Sondershausen – Langensalza	Landkreis Sömmerda Landkreis Artern Landkreis Sondershausen Landkreis Langensalza
299	Gotha – Arnstadt	Landkreis Gotha Landkreis Arnstadt
300	Erfurt	Stadtkreis Erfurt
301	Weimar – Apolda – Erfurt, Land	Stadtkreis Weimar Landkreis Weimar Landkreis Apolda Landkreis Erfurt
302	Jena – Rudolstadt – Stadtroda	Stadtkreis Jena Landkreis Jena Landkreis Rudolstadt Landkreis Stadtroda
303	Gera, Stadt – Eisenberg – Gera, Land I	Stadtkreis Gera Landkreis Eisenberg vom Landkreis Gera die Gemeinden: Aga, Bocka, Burkersdorf b. Weida, Caaschwitz, Cretzschwitz, Crimla, Falke, Forstwolfersdorf, Frießnitz, Gleina, Groß Ebersdorf, Hain, Hart- mannsdorf, Hohenölsen, Hundhaupten, Kauern, Köfeln, Bad Köstritz, Kraftsdorf, Lederhose, Lindenkreuz, Mosen, Münchenbernsdorf, Neun- dorf, Niederndorf, Niederpöllnitz, Reichardtsdorf, Roben, Röpsen, Rohna, Rüdersdorf, Saara, Schömberg, Schwarzbach, Steinsdorf, Teichwitz, Thränitz, Töppeln, Trebnitz, Weida, Weißig, Wolfsgefährt, Wünschendorf Zedlitz
304	Altenburg – Schmölln – Greiz – Gera, Land II	Landkreis Altenburg Landkreis Greiz Landkreis Schmölln vom Landkreis Gera die Gemeinden: Bethenhausen, Brahmenau, Braunichswalde, Endschütz, Gauern, Großenstein, Hermsdorf, Hilbersdorf, Hirschfeld, Korbußen, Linda b. Weida, Pölzig, Reichstädt, Ronneburg, Rückersdorf, Schwaara, Seelingstädt, Söllnitz, Friedmannsdorf, Paitzdorf
305	Saalfeld – Pößneck – Schleiz – Lobenstein – Zeulenroda	Landkreis Saalfeld Landkreis Schleiz Landkreis Pößneck Landkreis Lobenstein Landkreis Zeulenroda
306	Meiningen – Bad Salzungen – Hildburghausen – Sonneberg	Landkreis Meiningen Landkreis Bad Salzungen Landkreis Hildburghausen Landkreis Sonneberg
307	Suhl – Schmalkalden – Ilmenau – Neuhaus	Stadtkreis Suhl Landkreis Suhl Landkreis Schmalkalden Landkreis Ilmenau Landkreis Neuhaus
		Sachsen
308	Delitzsch – Eilenburg – Torgau – Wurzen	Landkreis Delitzsch Landkreis Torgau Landkreis Eilenburg Landkreis Wurzen

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
309	Leipzig I	vom Stadtkreis Leipzig die Stadtbezirke: Mitte, Nord, Nord-Ost, West mit den Wohnbezirken: 702–729
310	Leipzig II	vom Stadtkreis Leipzig die Stadtbezirke: Süd-Ost, Süd, Süd-West, West II mit den Wohnbezirken: 730–755
311	Leipzig, Land – Borna – Geithain	Landkreis Leipzig Landkreis Borna Landkreis Geithain
312	Döbeln – Grimma – Oschatz	Landkreis Döbeln Landkreis Grimma Landkreis Oschatz
313	Meißen – Riesa – Großenhain	Landkreis Meißen Landkreis Riesa Landkreis Großenhain
314	Hoyerswerda – Kamenz – Weißwasser	Landkreis Hoyerswerda Landkreis Kamenz Landkreis Weißwasser
315	Görlitz – Zittau – Niesky	Stadtkreis Görlitz Landkreis Görlitz Landkreis Zittau Landkreis Niesky
316	Bautzen – Löbau	Landkreis Bautzen Landkreis Löbau
317	Pirna – Sebnitz – Bischofswerda	Landkreis Pirna Landkreis Bischofswerda Landkreis Sebnitz
318	Dresden I	vom Stadtkreis Dresden die Stadtbezirke: Ost und Süd
319	Dresden II	vom Stadtkreis Dresden die Stadtbezirke: Mitte, Nord und West
320	Dresden, Land – Freital – Dippoldiswalde	Landkreis Dresden Landkreis Freital Landkreis Dippoldiswalde
321	Freiberg – Brand-Erbisdorf – Flöha – Marienberg	Landkreis Freiberg Landkreis Marienberg Landkreis Flöha Landkreis Brand-Erbisdorf
322	Glauchau – Rochlitz – Hohenstein-Ernstthal – Hainichen	Landkreis Glauchau Landkreis Hainichen Landkreis Hohenstein-Ernstthal Landkreis Rochlitz
323	Chemnitz I	vom Stadtkreis Chemnitz die Stadtbezirke: Mitte-Nord, West, Süd I mit den Stimmbezirken: 270–285, 320–343
324	Chemnitz II – Chemnitz, Land	vom Stadtkreis Chemnitz der Stadtbezirk Süd II mit den Stimmbezirken: 200–263, 290–314, 600–682 Landkreis Chemnitz

Wahlkreis	Name	Gebiet des Wahlkreises
325	Annaberg – Stollberg – Zschopau	Landkreis Annaberg Landkreis Stollberg Landkreis Zschopau
326	Aue – Schwarzenberg – Klingenthal	Landkreis Aue Landkreis Schwarzenberg Landkreis Klingenthal
327	Zwickau – Werdau	Stadtkreis Zwickau Landkreis Zwickau Landkreis Werdau
328	Reichenbach – Plauen – Auerbach – Oelsnitz	Landkreis Reichenbach Stadtkreis Plauen Landkreis Plauen Landkreis Auerbach Landkreis Oelsnitz

Vertrag
zur Vorbereitung und Durchführung
der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik

Die Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Deutsche Demokratische Republik,

eingedenk des bei der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum Ausdruck gebrachten Wunsches zur Herstellung der staatlichen Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland,

in dem Willen, als wichtigen Schritt zur Herstellung der deutschen Einheit die Wahl des Deutschen Bundestages durch das ganze deutsche Volk vorzubereiten,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Wahl des deutschen Bundestages in dem nach Artikel 39 Abs. 1 Satz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Zeitraum stattzufinden hat,

in dem Wunsch, daß die bevorstehende Wahl als gesamtdeutsche Wahl aufgrund eines einheitlichen Wahlrechts durchgeführt wird und deshalb der Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erstreckt werden sollte,

in dem Bewußtsein, daß hierbei Änderungen und Anpassungen des Bundeswahlgesetzes erforderlich sind,

sind übereingekommen, einen Vertrag über die Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages mit den nachfolgenden Bestimmungen zu schließen:

Artikel 1

(1) Für die erste gesamtdeutsche Wahl wird der Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juni 1990 (BGBl. I S. 1015), und des Wahlprüfungsgesetzes vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 166), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593), auf das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie auf das Gebiet von Berlin (Ost) erstreckt. Das Bundeswahlgesetz gilt mit den in der Anlage bezeichneten Änderungen und Maßgaben.

(2) Im Hinblick auf die erste gesamtdeutsche Wahl werden in dem vorbezeichneten Gebiet ferner § 2 Abs. 1, § 5, §§ 18 bis 21 und § 39 Abs. 2 des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März

1989 (BGBl. I S. 327) angewendet. § 20 wird mit der Maßgabe angewendet, daß auch die Wahlergebnisse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 zugrundegelegt werden.

(3) Politische Vereinigungen im Sinne des Gesetzes über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 18. März 1990 vom 20. Februar 1990 (GBl. I S. 60) werden den Parteien im Sinne des § 2 Abs. 1 des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland gleichgestellt.

Artikel 2

Die zur Durchführung des Bundeswahlgesetzes erlassene Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1989 (BGBl. 1990 I S. 1, 142), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Juni 1990 (BGBl. I S. 1199), sowie die Bundeswahlgeräteverordnung vom 3. September 1975 (BGBl. I S. 2459), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 15. November 1989 (BGBl. I S. 1981), gelten auch für die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie für Berlin (Ost). Der Bundesminister des Innern nimmt die mit Rücksicht auf die in Artikel 1 getroffene Regelung notwendigen Änderungen vor und erläßt im Benehmen mit dem Minister des Innern der Deutschen Demokratischen Republik erforderlichenfalls Anpassungsvorschriften für die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie für Berlin (Ost).

Artikel 3

Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl wird Berlin als ein Land behandelt.

Artikel 4

Die Zuständigkeit des Bundeswahlleiters und des Bundeswahlausschusses nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung erstreckt sich auch auf das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie auf Berlin (Ost). Der Bundeswahlleiter beruft zwei zusätzliche Mitglieder mit Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik in den Bundeswahlausschuß.

Artikel 5

Die Parteien genießen bei der Wahlvorbereitung volle Betätigungsfreiheit im Rahmen der Gesetze, soweit sie nicht vom Bundesverfassungsgericht nach Artikel 21 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland für verfassungswidrig erklärt oder gemäß § 21 des Parteiengesetzes

der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Februar 1990 (GBl. I S. 66), geändert durch Gesetz vom 31. Mai 1990 (GBl. I S. 275), vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages vom Großen Senat des Obersten Gerichts im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verboten worden sind.

Artikel 6

Die im bisherigen Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes bereits vorgenommenen Wahlvorbereitungshandlungen, insbesondere die Aufstellung der Bewerber, bleiben unberührt, soweit nicht die Regelung des Artikels 3 eine Neuvornahme erfordert.

Artikel 7

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieser Vertrag in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 8

Dieser Vertrag einschließlich der Anlage tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen verfassungsrechtlichen und sonstigen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Geschehen in Berlin am 3. August 1990 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Schäuble

Für die Deutsche Demokratische Republik
Günther Krause

Anlage

I.

Das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juni 1990 (BGBl. I S. 1015), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 wird die Zahl „518“ durch die Zahl „656“ ersetzt; in § 1 Abs. 2 wird die Zahl „259“ durch die Zahl „328“ ersetzt.
2. § 53 wird wie folgt gefaßt:

„§ 53

Übergangsregelungen für die Wahl
zum 12. Deutschen Bundestag

(1) Der Bundeswahlausschuß besteht abweichend von § 9 Abs. 2 Satz 1 aus dem Bundeswahlleiter und acht von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern.

(2) Landeslisten verschiedener Parteien, die in keinem Land – ausgenommen Berlin – nebeneinander Listenwahlvorschläge einreichen, können durch Erklärung gegenüber dem Bundeswahlleiter verbunden werden. Die Erklärung ist gemeinsam von den Vertrauenspersonen und den stellvertretenden Vertrauenspersonen aller beteiligten Landeslisten spätestens am zwanzigsten Tag vor der Wahl schriftlich bis 18 Uhr abzugeben. Für das weitere Verfahren gilt § 29 Abs. 2 und 3 entsprechend. § 6 Abs. 6 und § 7 Abs. 2 und 3 gelten für verbundene Landeslisten verschiedener Parteien entsprechend.

(3) Die in den nachstehend genannten Bestimmungen dieses Gesetzes festgelegten Fristen werden für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag wie folgt abgekürzt:

1. In § 18 tritt
 - a) in Absatz 2 Satz 1 an Stelle des neunzigsten Tages der siebenundvierzigste Tag,
 - b) in Absatz 4 an Stelle des zweiundsiebzigsten Tages der siebenunddreißigste Tag.
2. In § 19 tritt an Stelle des sechsundsechzigsten Tages der vierunddreißigste Tag.
3. In § 26 tritt
 - a) in Absatz 1 Satz 1 an Stelle des achtundfünfzigsten Tages der dreißigste Tag,
 - b) in Absatz 2 Satz 5 an Stelle des zweiundfünfzigsten Tages der vierundzwanzigste Tag,
 - c) in Absatz 3 an Stelle des achtundvierzigsten Tages der zwanzigste Tag.
4. In § 28 tritt
 - a) in Absatz 1 Satz 1 an Stelle des achtundfünfzigsten Tages der dreißigste Tag,
 - b) in Absatz 2 Satz 5 an Stelle des zweiundfünfzigsten Tages der vierundzwanzigste Tag,
 - c) in Absatz 3 an Stelle des achtundvierzigsten Tages der zwanzigste Tag.
5. In § 29 tritt
 - a) in Absatz 1 an Stelle des vierunddreißigsten Tages der zwanzigste Tag,

b) in Absatz 2 Satz 1 an Stelle des dreißigsten Tages der sechzehnte Tag,

c) in Absatz 3 an Stelle des sechsundzwanzigsten Tages der fünfzehnte Tag.

(4) § 18 Abs. 2 Satz 1 gilt mit der Maßgabe, daß auch die Vertretung in der Volkskammer zu berücksichtigen ist und die Wörter „mit mindestens fünf Abgeordneten“ entfallen.“

3. Die Anlage zu dem Gesetz wird durch die im Anhang genannten und beschriebenen Wahlkreise 257 bis 328 ergänzt.

II.

Für die Anwendung des Bundeswahlgesetzes auf die Vorbereitung und Durchführung der Wahl in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin gelten folgende Maßgaben:

1. Die Zuständigkeiten der Landesregierung nach § 8 Abs. 3 sowie § 9 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2, 2. Halbsatz werden wahrgenommen
 - a) in Berlin gemeinsam vom Senat und Magistrat oder der von ihnen bestimmten Stelle,
 - b) in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen vom Minister des Innern der Deutschen Demokratischen Republik oder der von ihm bestimmten Stelle.
2. Deutsche im Sinne der §§ 12 und 15 des Bundeswahlgesetzes sind in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin (Ost) Personen, die nach der Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik Bürger der Deutschen Demokratischen Republik oder Bürger der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) sind.
3. § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 gilt für vergleichbare Dienst- und Arbeitsverhältnisse der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend. Für die Anwendung der Nummern 2 und 3 ist auch eine frühere Wohnung oder ein früherer Aufenthalt im Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen oder in Berlin (Ost) zu berücksichtigen.
4. In den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin (Ost) gilt anstelle von § 13 Nr. 2 und 3 folgendes:

„Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind Bürger, die wegen einer psychischen Erkrankung oder schwerer Fehlentwicklung der Persönlichkeit von Krankheitswert oder wegen intellektueller Schädigung unter vorläufiger Vormundschaft oder unter Gebrechlichkeitspflegschaft stehen. Entsprechendes gilt bei Bürgern, die aus den gleichen Gründen auf der Grundlage der geltenden Rechtsvorschriften unbefristet in eine Einrichtung für psychisch Kranke eingewiesen sind.“
5. Für die Feststellung der Parteieigenschaft durch den Bundeswahlausschuß nach § 18 ist auch für das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie für Berlin (Ost) § 2 Abs. 1 des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 1989 (BGBl. I S. 327) maßgeblich.

6. Anstelle der Versicherung an Eides Statt (§ 21 Abs. 6, § 27 Abs. 5, § 36 Abs. 2) ist im Bereich der Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik die Versicherung der Wahrheit im Sinne von § 231 des Strafgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik abzugeben.

7. § 27 Abs. 1 Satz 2 gilt in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen mit der Maßgabe, daß die Zahl der Wahlberechtigten bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 zugrundegelegt ist.

In Berlin sind 2000 Unterschriften beizubringen.

8. § 30 Abs. 3 Satz 1 gilt in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen mit der Maßgabe, daß sich die Reihenfolge der Landeslisten von Parteien, die in der Volkskammer vertreten sind,

nach der Anzahl der Stimmen richtet, die sie bei der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 erreicht haben.

In Berlin richtet sich die Reihenfolge der Landeslisten von Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in der Volkskammer vertreten sind, nach der Gesamtzahl der Zweitstimmen bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin und der Stimmen bei der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990.

9. § 36 Abs. 4 gilt für die Deutsche Post entsprechend.

10. § 49 a wird in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin (Ost) mit der Maßgabe angewendet, daß Ordnungsstrafen im Sinne des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 12. Januar 1968 (GBl. I S. 101), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juli 1990 (GBl. I S. 526) in Höhe bis zu 100 000 Deutsche Mark verhängt werden können.

Anhang

Ergänzung der Anlage zum Bundeswahlgesetz

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
257	Berlin – Mitte – Prenzlauer Berg – Weißensee I	Stadtbezirk Mitte Stadtbezirk Prenzlauer Berg vom Stadtbezirk Weißensee die Wohnbezirke: 3–36
258	Berlin – Pankow – Hohenschönhausen – Weißensee II	Stadtbezirk Pankow Stadtbezirk Hohenschönhausen vom Stadtbezirk Weißensee die Ortsteile Blankenburg, Karow, Heinersdorf und die Wohnbezirke: 1, 2, 41–48, 73, 74, 80
259	Berlin – Friedrichshain – Treptow – Lichtenberg I	Stadtbezirk Friedrichshain Stadtbezirk Treptow vom Stadtbezirk Lichtenberg die Wohnbezirke: 10, 13–19, 22, 23
260	Berlin – Köpenick – Lichtenberg II	Stadtbezirk Köpenick vom Stadtbezirk Lichtenberg die Wohnbezirke: 1, 11, 12, 26–73, 202–210
261	Berlin – Hellersdorf – Mahrzahn	Stadtbezirk Hellersdorf Stadtbezirk Mahrzahn
Mecklenburg-Vorpommern		
262	Wismar – Gadebusch – Grevesmühlen – Doberan – Bützow	Stadtkreis Wismar Landkreis Wismar Landkreis Bad Doberan Landkreis Grevesmühlen Landkreis Bützow Landkreis Gadebusch
263	Schwerin – Hagenow	Stadtkreis Schwerin Landkreis Schwerin Landkreis Hagenow
264	Güstrow – Sternberg Lübz – Parchim – Ludwigslust	Landkreis Güstrow Landkreis Ludwigslust Landkreis Parchim Landkreis Lübz Landkreis Sternberg
265	Rostock	Stadtkreis Rostock
266	Rostock, Land – Ribnitz-Damgarten – Teterow – Malchin	Landkreis Rostock Landkreis Malchin Landkreis Ribnitz-Damgarten Landkreis Teterow
267	Stralsund – Rügen – Grimmen	Stadtkreis Stralsund Landkreis Stralsund Landkreis Rügen Landkreis Grimmen
268	Greifswald – Wolgast – Demmin	Stadtkreis Greifswald Landkreis Greifswald Landkreis Wolgast Landkreis Demmin
269	Neubrandenburg – Altentreptow – Waren – Röbel	Stadtkreis Neubrandenburg Landkreis Neubrandenburg Landkreis Waren Landkreis Altentreptow Landkreis Röbel

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
270	Neustrelitz – Strasburg – Pasewalk – Ueckermünde – Anklam	Landkreis Neustrelitz Landkreis Ueckermünde Landkreis Pasewalk Landkreis Anklam Landkreis Strasburg
Brandenburg		
271	Neuruppin – Kyritz – Wittstock – Pritzwalk – Perleberg	Landkreis Neuruppin Landkreis Perleberg Landkreis Kyritz Landkreis Pritzwalk Landkreis Wittstock
272	Prenzlau – Angermünde Schwedt – Templin – Gransee	Landkreis Prenzlau Landkreis Schwedt Landkreis Gransee Landkreis Templin Landkreis Angermünde
273	Oranienburg – Nauen	Landkreis Oranienburg Landkreis Nauen
274	Eberswalde – Bernau – Bad Freienwalde	Landkreis Eberswalde Landkreis Bernau Landkreis Bad Freienwalde
275	Brandenburg – Rathenow – Belzig	Stadtkreis Brandenburg Landkreis Brandenburg Landkreis Rathenow Landkreis Belzig
276	Potsdam	Stadtkreis Potsdam Landkreis Potsdam
277	Fürstenwalde – Strausberg – Seelow	Landkreis Fürstenwalde Landkreis Strausberg Landkreis Seelow
278	Luckenwalde – Zossen – Jüterbog – Königs Wusterhausen	Landkreis Luckenwalde Landkreis Zossen Landkreis Jüterbog Landkreis Königs Wusterhausen
279	Frankfurt/Oder – Eisenhüttenstadt – Beeskow	Stadtkreis Frankfurt/Oder Stadtkreis Eisenhüttenstadt Landkreis Eisenhüttenstadt Landkreis Beeskow
280	Cottbus – Guben – Forst	Stadtkreis Cottbus Landkreis Cottbus Landkreis Guben Landkreis Forst
281	Senftenberg – Calau – Spremberg	Landkreis Senftenberg Landkreis Calau Landkreis Spremberg
282	Bad Liebenwerda – Finsterwalde – Herzberg – Lübben – Luckau	Landkreis Bad Liebenwerda Landkreis Finsterwalde Landkreis Herzberg Landkreis Lübben Landkreis Luckau
Sachsen-Anhalt		
283	Altmark	Landkreis Stendal Landkreis Salzwedel Landkreis Osterburg Landkreis Gardelegen Landkreis Klötze
284	Elbe-Havel-Gebiet und Haldensleben – Wolmirstedt	Landkreis Burg Landkreis Genthin Landkreis Havelberg Landkreis Haldensleben Landkreis Wolmirstedt

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
285	Harz und Vorharzgebiet	Landkreis Wernigerode Landkreis Halberstadt Landkreis Oschersleben
286	Magdeburg	vom Stadtkreis Magdeburg die Wohngebiete: Neustädter See, Kannstieg, Rothensee, Alte Neustadt, Neue Neustadt, Nord- front, Birkenweiler, Neustädter Feld, Nordwest, Neuolvenstedt, Altolvenstedt, Stadtfeld, Stadtzentrum, Cracau/Werder, Heumarkt, Prester, Ottersleben, Lemsdorf, Diesdorf, Kroatenweg, Lindenweiler
287	Magdeburg – Schönebeck – Wanzleben – Staßfurt	vom Stadtkreis Magdeburg die Wohngebiete: Buckau, Fermersleben, Salbke, Westerhüsen, Leipziger Straße, Hopfengarten, Reform Landkreis Schönebeck Landkreis Wanzleben Landkreis Staßfurt
288	Wittenberg – Gräfenhainichen – Jessen – Roßlau	Landkreis Wittenberg Landkreis Gräfenhainichen Landkreis Roßlau Landkreis Jessen
289	Dessau – Bitterfeld	Stadtkreis Dessau Landkreis Bitterfeld
290	Bernburg – Aschersleben – Köthen – Zerbst	Landkreis Bernburg Landkreis Aschersleben Landkreis Köthen Landkreis Zerbst
291	Halle-Altstadt	vom Stadtkreis Halle die Stadtgebiete: Ost, Süd, West
292	Halle-Neustadt – Saalkreis – Eisleben	vom Stadtkreis Halle das Stadtgebiet Halle-Neustadt Landkreis Saalkreis Landkreis Eisleben
293	Merseburg – Querfurt – Nebra – Naumburg I	Landkreis Merseburg Landkreis Querfurt Landkreis Nebra vom Landkreis Naumburg die Gemeinden: Naumburg, Burgholzhausen, Burkersroda, Eckartsberga, Größnitz, Hassenhausen, Herrengosserstedt, Kleinheringen, Kleinjena, Klosterhäßeler, Lißdorf, Möllern, Spielberg, Taugwitz, Tromsdorf, Wischroda
294	Zeit – Naumburg II – Weißenfels – Hohenmölsen	Landkreis Zeit Landkreis Weißenfels vom Landkreis Naumburg die Gemeinden: Abtlöbnitz, Casekirchen, Crölpa-Löbschütz, Eulau, Flemmingen, Gieckau, Görschen, Janisroda, Bad Kösen, Leislau, Löbitz, Mertendorf, Molau, Neidschütz, Pödelist, Prießnitz, Schieben, Schönburg, Utenbach, Wethau, Wettaburg, Landkreis Hohenmölsen
295	Sangerhausen – Hettstedt – Quedlinburg	Landkreis Sangerhausen Landkreis Quedlinburg Landkreis Hettstedt
Thüringen		
296	Nordhausen – Worbis – Heiligenstadt	Landkreis Nordhausen Landkreis Worbis Landkreis Heiligenstadt

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
297	Eisenach – Mühlhausen	Landkreis Eisenach Landkreis Mühlhausen
298	Sömmerda – Artern – Sondershausen – Langensalza	Landkreis Sömmerda Landkreis Artern Landkreis Sondershausen Landkreis Langensalza
299	Gotha – Arnstadt	Landkreis Gotha Landkreis Arnstadt
300	Erfurt	Stadtkreis Erfurt
301	Weimar – Apolda – Erfurt, Land	Stadtkreis Weimar Landkreis Weimar Landkreis Apolda Landkreis Erfurt
302	Jena – Rudolstadt – Stadtroda	Stadtkreis Jena Landkreis Jena Landkreis Rudolstadt Landkreis Stadtroda
303	Gera, Stadt – Eisenberg – Gera, Land I	Stadtkreis Gera Landkreis Eisenberg vom Landkreis Gera die Gemeinden: Aga, Bocka, Burkensdorf b. Weida, Caaschwitz, Cretzschwitz, Crimla, Falke, Forst- wolfersdorf, Friebnitz, Gleina, Groß Ebersdorf, Hain, Hartmannsdorf, Hohenölsen, Hundhaupten, Kauern, Köfeln, Bad Köstritz, Kraftsdorf, Lederhose, Lindenkreuz, Mosen, Münchenbernsdorf, Neundorf, Niederndorf, Niederpöllnitz, Reichardtshaus, Roben, Röpsen, Rohna, Rüdersdorf, Saara, Schömberg, Schwarzbach, Steinsdorf, Teichwitz, Thränitz, Töppeln, Trebnitz, Weida, Weißig, Wolfsgefährt, Wünschendorf Zedlitz
304	Altenburg – Schmölln – Greiz – Gera, Land II	Landkreis Altenburg Landkreis Greiz Landkreis Schmölln vom Landkreis Gera die Gemeinden: Bethenhausen, Brahmenau, Braunichswalde, Endschütz, Gauern, Großenstein, Hermsdorf, Hilbersdorf, Hirschfeld, Korbußen, Linda b. Weida, Pölsitz, Reichstädt, Ronneburg, Rückersdorf, Schwaara, Seelingstädt, Söllmnitz, Friedmannsdorf, Paitzdorf
305	Saalfeld – Pößneck – Schleiz – Lobenstein – Zeulenroda	Landkreis Saalfeld Landkreis Schleiz Landkreis Pößneck Landkreis Lobenstein Landkreis Zeulenroda
306	Meiningen – Bad Salzungen – Hildburghausen – Sonneberg	Landkreis Meiningen Landkreis Bad Salzungen Landkreis Hildburghausen Landkreis Sonneberg
307	Suhl – Schmalkalden – Ilmenau – Neuhaus	Stadtkreis Suhl Landkreis Suhl Landkreis Schmalkalden Landkreis Ilmenau Landkreis Neuhaus
Sachsen		
308	Delitzsch – Eilenburg – Torgau – Wurzen	Landkreis Delitzsch Landkreis Torgau Landkreis Eilenburg Landkreis Wurzen
309	Leipzig I	vom Stadtkreis Leipzig die Stadtbezirke: Mitte, Nord, Nord-Ost, West mit den Wohnbezirken: 702–729
310	Leipzig II	vom Stadtkreis Leipzig die Stadtbezirke: Süd-Ost, Süd, Süd-West, West II mit den Wohnbezirken: 730–755

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
311	Leipzig, Land – Borna – Geithain	Landkreis Leipzig Landkreis Borna Landkreis Geithain
312	Döbeln – Grimma – Oschatz	Landkreis Döbeln Landkreis Grimma Landkreis Oschatz
313	Meißen – Riesa – Großenhain	Landkreis Meißen Landkreis Riesa Landkreis Großenhain
314	Hoyerswerda – Kamenz – Weißwasser	Landkreis Hoyerswerda Landkreis Kamenz Landkreis Weißwasser
315	Görlitz – Zittau – Niesky	Stadtkreis Görlitz Landkreis Görlitz Landkreis Zittau Landkreis Niesky
316	Bautzen – Löbau	Landkreis Bautzen Landkreis Löbau
317	Pirna – Sebnitz – Bischofswerda	Landkreis Pirna Landkreis Bischofswerda Landkreis Sebnitz
318	Dresden I	vom Stadtkreis Dresden die Stadtbezirke: Ost I, Ost II, Süd I, West II, Süd II
319	Dresden II	vom Stadtkreis Dresden die Stadtbezirke: Mitte I, Mitte II, Nord I, Nord II, West I
320	Dresden, Land – Freital – Dippoldiswalde	Landkreis Dresden Landkreis Freital Landkreis Dippoldiswalde
321	Freiberg – Brand-Erbisdorf – Flöha – Marienberg	Landkreis Freiberg Landkreis Marienberg Landkreis Flöha Landkreis Brand-Erbisdorf
322	Glauchau – Rochlitz – Hohenstein-Ernstthal – Hainichen	Landkreis Glauchau Landkreis Hainichen Landkreis Hohenstein-Ernstthal Landkreis Rochlitz
323	Chemnitz I	vom Stadtkreis Chemnitz die Stadtbezirke: Mitte-Nord, West, Süd I mit den Stimmbezirken: 270–285, 320–343
324	Chemnitz II – Chemnitz, Land	vom Stadtkreis Chemnitz der Stadtbezirk Süd II mit den Stimmbezirken: 200–263, 290–314, 600–682 Landkreis Chemnitz
325	Annaberg – Stollberg – Zschopau	Landkreis Annaberg Landkreis Stollberg Landkreis Zschopau
326	Aue – Schwarzenberg – Zwickau, Land	Landkreis Aue Landkreis Zwickau Landkreis Schwarzenberg
327	Zwickau – Werdau – Reichenbach	Stadtkreis Zwickau Landkreis Werdau Landkreis Reichenbach
328	Plauen – Oelsnitz – Auerbach – Klingenthal	Stadtkreis Plauen Landkreis Plauen Landkreis Auerbach Landkreis Oelsnitz Landkreis Klingenthal

**Vertrag
zur Änderung des Vertrages
zur Vorbereitung und Durchführung
der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Deutsche Demokratische Republik

unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge der in der Volkskammer vertretenen Parteien zur Wahlkreiseinteilung,
nach Kenntnisnahme von den Ergebnissen der Prüfung durch die Regierungsbevollmächtigten in den betroffenen Bezirken,
sind übereingekommen, folgenden Änderungsvertrag zu schließen:

Artikel 1

Der am 3. August 1990 unterzeichnete Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wird wie folgt geändert:

Im Anhang zur Anlage zu Artikel 1 Abs. 1 des Vertrages werden die Wahlkreise 288, 290, 292, 293, 294, 295, 318, 319, 326, 327 und 328 wie folgt neu beschrieben:

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
288	Wittenberg – Gräfenhainichen – Jessen – Roßlau – Zerbst	Landkreis Wittenberg Landkreis Gräfenhainichen Landkreis Roßlau Landkreis Jessen Landkreis Zerbst
290	Bernburg – Aschersleben – Quedlinburg	Landkreis Bernburg Landkreis Aschersleben Landkreis Quedlinburg
292	Halle-Neustadt – Saalkreis – Köthen	vom Stadtkreis Halle das Stadtgebiet Halle-Neustadt Landkreis Saalkreis Landkreis Köthen
293	Merseburg – Querfurt – Weißenfels	Landkreis Merseburg Landkreis Querfurt Landkreis Weißenfels
294	Zeitz – Hohenmölsen Naumburg – Nebra	Landkreis Zeitz Landkreis Hohenmölsen Landkreis Naumburg Landkreis Nebra
295	Eisleben – Sangerhausen – Hettstedt	Landkreis Eisleben Landkreis Hettstedt Landkreis Sangerhausen
318	Dresden I	vom Stadtkreis Dresden die Stadtbezirke: Ost und Süd
319	Dresden II	vom Stadtkreis Dresden die Stadtbezirke: Mitte, Nord und West

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
326	Aue – Schwarzenberg – Klingenthal	Landkreis Aue Landkreis Schwarzenberg Landkreis Klingenthal
327	Zwickau – Werdau	Stadtkreis Zwickau Landkreis Zwickau Landkreis Werdau
328	Reichenbach – Plauen – Auerbach – Oelsnitz	Landkreis Reichenbach Stadtkreis Plauen Landkreis Plauen Landkreis Auerbach Landkreis Oelsnitz

Artikel 2

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieser Vertrag in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 3

Dieser Vertrag tritt gleichzeitig mit dem am 3. August 1990 unterzeichneten Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft.

Geschehen in Bonn am 20. August 1990 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Schäuble

Für die Deutsche Demokratische Republik
Günther Krause

**Bekanntmachung
zu dem Patenzusammenarbeitsvertrag**

Vom 24. Juli 1990

Unter Bezugnahme auf den bei Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde zu dem Patenzusammenarbeitsvertrag vom 19. Juni 1970 (BGBl. 1976 II S. 649, 664; 1984 II S. 799, 975) gemachten Vorbehalt zu Kapitel II dieses Vertrages hat die Republik Korea dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum am 1. Juni 1990 notifiziert, daß sie diesen Vorbehalt zurücknimmt; nach Artikel 64 Abs. 6 Buchstabe b des Vertrages wird die Rücknahme dieses Vorbehalts am 1. September 1990 wirksam.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 27. Juni 1984 (BGBl. II S. 655) und vom 7. Dezember 1989 (BGBl. 1990 II S. 6).

Bonn, den 24. Juli 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
des deutsch-sowjetischen Abkommens
über einen Schüler- und Lehreraustausch**

Vom 27. Juli 1990

Das in Bonn am 13. Juni 1989 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über einen Schüler- und Lehreraustausch im Rahmen von Schulpartnerschaften ist nach seinem Artikel 9

am 6. Februar 1990

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 27. Juli 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über einen Schüler- und Lehreraustausch im Rahmen von Schulpartnerschaften

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken –

in dem Bestreben, in Übereinstimmung mit dem in dem Abkommen vom 19. Mai 1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle Zusammenarbeit sowie im Verlauf der Besuche auf höchster Ebene in Moskau im Oktober 1988 und in Bonn im Juni 1989 zum Ausdruck gebrachten Wunsch, die Beziehungen auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft und der Bildung zu verbessern und zu erweitern,

in der Überzeugung, daß Partnerschaften zwischen Schulen und der Austausch von Schülern und Lehrern zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beitragen –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Beide Seiten sehen vor, daß der Pädagogische Austauschdienst der Ständigen Konferenz der Kultusminister und die Hauptabteilung für Auslandsbeziehungen des Staatskomitees für Volksbildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einen Schüler- und Lehreraustausch durchführen und die Koordinierung dieses Programms vornehmen.

(2) Über den Stand des Schüler- und Lehreraustauschs wird bei den Sitzungen des Gemischten Ausschusses nach Artikel 13 des Abkommens vom 19. Mai 1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle Zusammenarbeit berichtet. Soweit erforderlich, können im Rahmen dieser Sitzungen neue Entwicklungen im Bereich des Schüler- und Lehreraustauschs eingeleitet werden.

Schüleraustausch

Artikel 2

(1) Der Schüleraustausch wird pädagogisch sein. Dieses bedeutet, daß er den schulischen Bildungszielen dient.

(2) Beide Seiten führen jedes Jahr einen Austausch von Schülern im Alter von fünfzehn bis siebzehn Jahren durch. Für die Seite der Bundesrepublik Deutschland sind dies üblicherweise Schüler der Klassen 9 bis 11, für die Seite der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Schüler der Klassen 8 bis 10. Der Austausch dauert einen Monat. Jungen und Mädchen sollen zahlenmäßig möglichst ausgewogen an dem Austausch beteiligt sein.

(3) In der Regel besteht eine Austauschgruppe aus zehn bis fünfzehn Schülern. Bei Austauschgruppen bis zu zehn Schülern ist ein Begleitlehrer vorgesehen. Bei Gruppen von mehr als zehn Schülern kann ein zweiter Begleitlehrer vorgesehen werden.

(4) Die aufnehmende Seite organisiert für die Schüler ein Lehrprogramm derart, daß den Schülern außer dem Kennenlernen der Sprache, der Geschichte und der Kultur der aufnehmenden Seite die Möglichkeit gegeben wird, am Unterricht in allgemein bildenden Fächern und Fächern wie Computer-Unterricht, Mathematik und Naturwissenschaften usw. teilzunehmen.

(5) Die Austauschschüler sollen die erforderlichen Kenntnisse der Partnersprache besitzen. Der Gruppenleiter muß die Sprache der aufnehmenden Seite gut beherrschen.

(6) Die aufnehmende Schule organisiert für die Austauschschüler in der Regel zwei landeskundliche Programme, deren konkrete Einzelheiten die Partnerschulen vereinbaren.

(7) Die Schüler und die Begleitlehrer werden nach Möglichkeit in der Familie ihres Partners untergebracht und im Falle eines Austausches mit Internatsschulen auf der Seite der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Wohnheimen.

Nach Möglichkeit sollen sich die Begleitlehrer gegenseitig Gastfreundschaft gewähren.

(8) Die entsendende Seite trägt die Kosten der Reise zum Bestimmungsort und zurück.

(9) Die aufnehmende Seite trägt alle Kosten für den Aufenthalt, insbesondere Unterkunft, Verpflegung und medizinische Betreuung der Partnergruppe, ausgenommen chronische Erkrankungen und Zahnersatz.

Die Seite der Bundesrepublik Deutschland sichert der Partnergruppe aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken kostenlose medizinische Betreuung durch Abschluß entsprechender Versicherungen zu.

(10) Begleitlehrer und Schüler erhalten von der aufnehmenden Seite ein Taschengeld. In der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erhalten die Austauschschüler aus der Seite der Bundesrepublik Deutschland ein Taschengeld von 65 Rbl. (in Worten: fünfundsiebzehn Rubel), die Begleitlehrer ein Taschengeld von 165 Rbl. (in Worten: einhundertfünfundsiebzehn Rubel) im Monat.

Von der Seite der Bundesrepublik Deutschland erhalten die Austauschschüler aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein Taschengeld von DM 180,- (in Worten: einhundertachtzig Deutsche Mark), die Begleitlehrer ein Taschengeld von DM 500,- (in Worten: fünfhundert Deutsche Mark) im Monat.

(11) Für das Austauschjahr 1989/90 ist vorgesehen, daß bis zu je vierzig Schulen in das Programm aufgenommen werden. Über die Listen der am Austausch beteiligten Schulen wurde Einvernehmen erzielt. Beide Seiten streben an, diesen Austausch jährlich um eine angemessene Zahl zu erhöhen.

(12) Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland schlägt jeweils bis zum 10. März eines jeden Jahres der Seite der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die Schulen vor, die sich an dem Austausch beteiligen wollen.

Das Staatskomitee für Volksbildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken teilt jeweils bis zum 10. April eines jeden Jahres der Seite der Bundesrepublik Deutschland die Liste der möglichen Partnerschulen mit. Beide Seiten stimmen die endgültige Liste der Schulpartnerschaften bis zum 1. Mai eines jeden Jahres ab. Danach treten die Schulen in Direktkontakt, tauschen Informationen über die Teilnehmer am Austausch untereinander aus und vereinbaren die Einzelheiten des Austausches.

Lehreraustausch

Artikel 3

(1) Beide Seiten tauschen jährlich mindestens je drei Lehrer aus, die im Partnerland an einer Schule ihre Muttersprache als

Fremdsprache unterrichten. Die Austauschdauer beträgt einen Monat. Die Austauschlehrer sollen über gute Kenntnisse der Partnersprache verfügen.

(2) Der Austausch dient der Weiterentwicklung des Unterrichts der Fremdsprache an der aufnehmenden Schule und der sprachlichen und landeskundlichen Fortbildung der beteiligten Lehrer. Darüber hinaus sollen die Austauschlehrer Gelegenheit erhalten, Unterrichtsstunden an der Gastschule zu beobachten und mit Fachkollegen an der Gastschule methodisch-didaktische Fragen des Fremdsprachenunterrichts zu erörtern.

(3) Dieser Lehreraustausch kann zur Anbahnung von Kontakten zwischen Schulen dienen.

(4) Bewerbungen mit den erforderlichen Informationen über die Kandidaten werden der anderen Seite jeweils bis zum 10. März eines jeden Jahres vorgelegt. Der Zeitpunkt des Austausches wird im direkten Kontakt zwischen den aufnehmenden Schulen festgelegt.

(5) Die entsendende Seite trägt die Kosten der Reise zum Bestimmungsort und zurück.

(6) Die Austauschlehrer erhalten durch die aufnehmende Seite freie Unterkunft und von der Seite der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einen Betrag von 250 Rbl. (in Worten: zweihundertfünfzig Rubel) bzw. von der Seite der Bundesrepublik Deutschland einen Betrag von DM 1 200,- (in Worten: eintausendzweihundert Deutsche Mark). Außerdem wird für die Lehrer kostenfreie medizinische Behandlung, ausgenommen chronische Erkrankungen und Zahnersatz, sichergestellt. Die Seite der Bundesrepublik Deutschland sichert den Austauschlehrern aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die kostenlose medizinische Betreuung durch Abschluß entsprechender Versicherungen zu.

(7) Die entsendende Seite teilt der aufnehmenden Seite spätestens zwanzig Tage im voraus das vorgesehene Datum der Ankunft des Austauschlehrers und spätestens sieben Tage im voraus das genaue Datum des Eintreffens des Austauschlehrers an der vorgesehenen Schule mit.

Artikel 4

(1) Beide Seiten tauschen jährlich zwei Gruppen von Lehrern zu Studienaufenthalten für Deutsch bzw. Russisch aus, und zwar 25 Personen für 30 Tage und 10 Personen für 15 Tage.

(2) Der Austausch dient der sprachlichen und landeskundlichen Fortbildung der Lehrer und der Weiterentwicklung des Unterrichts der Partnersprache.

(3) Die Kosten des Aufenthalts und der medizinischen Betreuung regeln sich nach Artikel 3 Absatz 6 dieses Abkommens.

(4) Die Teilnehmer erhalten von der aufnehmenden Seite ein Taschengeld.

In der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erhalten die Teilnehmer aus der Seite der Bundesrepublik Deutschland ein Taschengeld, berechnet auf 30 Tage, von 130 Rubel (in Worten: einhundertdreißig Rubel).

Von der Seite der Bundesrepublik Deutschland erhalten die Teilnehmer aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein

Taschengeld, berechnet auf 30 Tage, von DM 400,- (in Worten: vierhundert Deutsche Mark).

(5) Die aufnehmende Seite teilt der entsendenden Seite bis zum 31. März eines jeden Jahres den Ort der Sprachkurse mit.

Die entsendende Seite teilt der aufnehmenden Seite bis zum 30. April eines jeden Jahres die erforderlichen Informationen über die Teilnehmer und spätestens zwanzig Tage im voraus das vorgesehene Datum ihrer Ankunft mit.

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 5

Der Pädagogische Austauschdienst der Ständigen Konferenz der Kultusminister und die Hauptabteilung für Auslandsbeziehungen des Staatskomitees für Volksbildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken führen einmal im Jahr einen Meinungsaustausch zur Bewertung und weiteren Entwicklung des Austauschprogramms durch.

Sie entsenden hierzu alternierend eine Delegation von bis zu vier Personen für bis zu vierzehn Tage. Die entsendende Seite trägt die Kosten der Hin- und Rückreise von Bonn bis Moskau beziehungsweise von Moskau bis Frankfurt am Main. Die aufnehmende Seite trägt die Kosten des Aufenthalts.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien werden dazu ermutigen, andere Vorhaben durchzuführen, die den Zielen dieses Abkommens dienen. Die Förderung von Maßnahmen, die in dem Abkommen nicht enthalten sind, ihrem Charakter nach jedoch dem Geist dieses Abkommens entsprechen, ist nicht ausgeschlossen.

(2) Maßnahmen, die in diesem Abkommen nicht enthalten sind, jedoch dem Geist dieses Abkommens entsprechen, können auf diplomatischem Wege vereinbart werden.

Artikel 7

Beide Seiten erheben von den Teilnehmern am Austausch auf der Grundlage der Gegenseitigkeit keine Sichtvermerksgebühren.

Artikel 8

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 9

Dieses Abkommen tritt am Tage nach Austausch der Noten in Kraft, durch die beide Seiten einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind.

Artikel 10

Dieses Abkommen gilt für die Dauer von drei Jahren. Danach verlängert es sich stillschweigend um jeweils drei weitere Jahre, sofern es nicht von einer der beiden Vertragsparteien spätestens ein Jahr vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Bonn am 13. Juni 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Hans-Dietrich Genscher

Für die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Schewardnadse

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesgesetzblatt, Postfach 1320, 5300 Bonn 1, Telefon: (0228) 38208-0
Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 81,48 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,56 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1990 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,12 DM (5,12 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,12 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 474. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. Juli 1990, ist im Bundesanzeiger Nr. 150 vom 14. August 1990 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs sowie die Hinweise auf die Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 150 vom 14. August 1990 kann zum Preis von 5,80 DM (4,30 DM + 1,50 DM Versandkosten einschl. 7% Mehrwertsteuer) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 (BLZ 370 100 50) bezogen werden.